

Artikel vom 04.10.2017

Neues aus dem Kabinett

Gerechte Krankenkassen-Finanzierung

Mehr zur Kabinettssitzung lesen Sie [hier \(http://bayern.de/bericht-aus-der-kabinettssitzung-vom-4-oktober-2017/?seite=1579#4\)](http://bayern.de/bericht-aus-der-kabinettssitzung-vom-4-oktober-2017/?seite=1579#4).



Die Bayerische Staatsregierung hat mehr Gerechtigkeit bei der Krankenkassen-Finanzierung gefordert. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte: „Die bayerischen Beitragszahler zahlen überdurchschnittlich viel in den Gesundheitsfonds ein, erhalten aber für ihre Versorgung zu wenig daraus zurück. Damit muss Schluss sein. Der Gesundheitsfonds darf kein verdecktes Transfersystem zwischen den Ländern zu Lasten Bayerns sein.“

Weiter forderte sie, bestehende Wettbewerbsnachteile für Krankenkassen, die in Hochlohn- und Hochpreisregionen wie Bayern tätig sind, endlich abzubauen. Ein regionaler Ausgleichsfaktor soll nach Ansicht Humls für mehr Gerechtigkeit in der Krankenkassenfinanzierung sorgen. Ziel sei dabei, dass bayerische Versichertengelder auch ausreichend der Gesundheitsversorgung in Bayern zu Gute kommen.

Bayern habe nach „langen und harten Auseinandersetzungen“ bereits einen ersten Erfolg auf dem Weg zu einer regionalen Komponente beim Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) erzielt: „Das Bundesgesundheitsministerium hat zwischenzeitlich eine Auswertung der regionalen Verteilungswirkungen des Morbi-RSA in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse zum 30. April 2018 vorliegen sollen.“ Die Ministerin ist überzeugt, dass dadurch die bayerische Forderung nach einem Ausgleichsfaktor weiter untermauert wird. „Bayerische Beitragszahler dürfen nicht länger benachteiligt werden“, forderte Huml abschließend.